Zeitschrift: Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie

Herausgeber: Bundesamt für Energie

Band: - (2006)

Heft: 6

Rubrik: Kurz gemeldet

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

INTERNATIONAL

Weltweite CO₂-Abgabe gefordert

Bundespräsident Moritz Leuenberger hat am 15. November 2006 an der Klimakonferenz in Nairobi vorgeschlagen, über eine weltweite Abgabe auf Kohlendioxid (CO₂) nachzudenken. Mit einer Steuer auf CO₂-Emissionen könnte man laut Leuenberger dem Verursacherprinzip entsprechend Mittel bereitstellen, die zur Kompensation der Schäden als Folge der Klimaerwärmung oder für das Ergreifen von Schutzmassnahmen nötig sind. Damit würden die CO₂-Produzenten motiviert, ihre Emissionen zu senken und es wäre Geld für Anpassungsmassnahmen vorhanden.

Weitere Informationen:

www.uvek.admin.ch/dokumentation/ 00476/00477/01185/index.html?lang=de

USA – erneuerbare Energien im Trend

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch in den Vereinigten Staaten könnte sich bis zum Jahr 2025 von gegenwärtig 6 auf rund 25 Prozent erhöhen. Das geht aus einer Studie der Rand Corporation hervor, die kürzlich veröffentlicht worden ist. In der Studie wird angenommen, dass die Preise für Rohöl, Erdgas und Kohle langfristig hoch bleiben werden. Dies führe dazu, dass sich der Kostenvorteil fossiler Energieträger gegenüber erneuerbare Energien wie Ethanol, Windkraft und andere Energiequellen schrittweise verringern werde. Die Autoren der Studie gehen zudem davon aus, dass in den kommenden 15 Jahren die Herstellung von Ethanol aus landwirtschaftlichen Abfällen wettbewerbsfähig wird. Sollten sich die Vorhersagen erfüllen, könnte die USA ihre Abhängigkeit von importiertem Erdöl um rund 20 Prozent vermindern.

Weitere Informationen:

www.rand.org/research_areas/energy_environment/



Mit weltweiter CO₂-Abgabe gegen den drohenden Klimawandel?

EU-Emissionshandel: Ökonomen schlagen Alarm

Eine Gruppe von 50 Ökonomen fordert in einer gemeinsamen Stellungnahme die Europäische Kommission auf, die CO2-Kontingente für die Mitgliedstaaten in der zweiten Phase des EU-Emissionshandels zu senken. Die Ökonomen stützen ihre Argumentation auf die Tatsache, dass die Kosten für die Bekämpfung des Klimawandels wesentlich geringer sein würden als die Kosten für die durch den Klimawandel verursachten Umweltkatastrophen sowie der Schaffung neuer Infrastrukturen. Die Wissenschaftler fordern unter anderem striktere CO₂-Emissionsgrenzen im Rahmen der zweiten Phase des Emissionshandelsystems (2008-2012), um auf diese Weise CO₂-Knappheit auf dem Markt zu schaffen und die Preise in die Höhe zu treiben. Weiter verlangen sie die Harmonisierung des Systems, um Wettbewerbsverzerrungen zu mindern, die durch die gegenwärtige Praxis entstehen, in der jedes Land eine andere Methode zur Zuteilung der Verschmutzungsrechte wählt.

Weitere Informationen:

www.euractiv.com/Energie/Klimawandel: Das EU-Emissionshandelssystem

Klimaschutz: Schweiz auf Rang zehn

In der neusten Länderrangliste der deutschen Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch belegt die Schweiz beim Klimaschutz nur den zehnten Platz. Die Umweltorganisation vergleicht jährlich die Bemühungen von 56 Ländern für ein besseres Klima. Kriterien sind unter anderem die Treibhausgas-Emmissionen pro Kopf der Bevölkerung, die Energieeffizienz in der Wirtschaft sowie die Klimapolitik. Gegenüber dem Vorjahr machte die Schweiz zwei Plätze gut. Bei den Bewertungskriterien erreichte die Schweiz für ihre nationale Klimapolitik nur Rang 44. Spitzenreiter punkto Klimaschutz sind Schweden, Dänemark und England. Argentinien, Brasilien und Ungarn liegen ebenfalls vor der Schweiz.

Weitere Informationen:

www.germanwatch.de

INTERNATIONAL I

Schweiz bereit für Kyoto

Der Bundesrat hat am 8. November den Bericht der Schweiz zuhanden der Klimakonvention verabschiedet. Dieser dokumentiert, dass die Schweiz die formalen Voraussetzungen für die Umsetzung ihrer Kyoto-Verpflichtung erfüllt. Der Bericht wird im kommenden Jahr von den Experten der Klimakonvention einer genauen Überprüfung unterzogen. Der Stand der Vorbereitungen lässt vermuten, dass die Schweiz nach erfolgter Überprüfung per Anfang 2008 grünes Licht für die vollberechtigte Mitwirkung am Kyoto-Protokoll erhalten wird. Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen um acht Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren.

Weitere Informationen:

www.uvek.admin.ch/dokumentation /00474/00492/index.html?lang=de&msgid=8071

■ GEBÄUDE ■

Energieeffiziente Gebäude fördern Arbeitsproduktivität

Der positive Zusatznutzen von energietechnischen Massnahmen in Wirtschaftsgebäuden auf die Arbeitsproduktivität wird von Investoren zu wenig beachtet. Zu diesem Resultat kommen die Autoren der Studie «Grenzkosten bei forcierten Energie-Effizienzmassnahmen und optimierter Gebäudetechnik bei Wirtschaftsbauten». Die Studie wurde im Rahmen des Forschungsprogramms «Energiewirtschaftliche Grundlagen» des Bundesamts für Energie (BFE) erstellt. Sie liefert aktuelle Erkenntnisse zu den Kosten von Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz für wichtige Kategorien von Wirtschaftsbauten. Die Autoren warten überdies mit Handlungsempfehlungen zuhanden der relevanten Akteure auf, wie beispielsweise Investoren und Planer von Neubauten, Betreiber und Besitzer von bestehenden Gebäuden sowie Eexperten auf dem Gebiet der Gebäudehülle und -technik. Die Studie richtet sich zudem an Forschende in den Bereichen Energietechnik und Energiewirtschaft.

Weitere Informationen:

Lukas Gutzwiller, Leiter Forschungsprogramm Energiewirtschaftliche Grundlagen BFE, lukas.gutzwiller@bfe.admin.ch

STIFTUNG KLIMARAPPEN

Vereinbarung zu zusätzlicher CO₂-Reduktion

Die Stiftung Klimarappen und die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) haben eine Zusammenarbeit im Brennstoffbereich vereinbart. Ziel ist es, zusätzliche CO₂-Reduktionen der Wirtschaft im Inland auszulösen. So können alle in der EnAW eingebundenen Unternehmen der Stiftung CO₂-Reduktionen anbieten, die über die in der Zielvereinbarung festgeschriebenen Reduktionen hinausgehen. Eine Abgeltung soll die Firmen zu dieser zusätzlichen Anstrengung motivieren.

Weitere Informationen:

www.stiftungklimarappen.ch

■ STROMMARKT

BKW investiert in Stromnetz

Die BKW FMB Energie AG (BKW) will im Interesse der Versorgungssicherheit bis im Jahr 2015 eine Milliarde Franken in ihr Stromnetz investieren. Die jährliche Zunahme der Nachfrage nach Strom um zwei Prozent, die Bedeutung der Stromdrehscheibe Schweiz im europäischen Stromverbund zusammen mit dem erforderlichen Anstieg der Energieimporte würden in den nächsten Jahren solche Investitionen in die Hochspannungs- und Verteilnetze nötig machen, wie das Unternehmen in einer Medienmitteilung festhält. Die BKW betont, dass sie ihre Investitionsabsichten realisieren werden. Allerdings sei das Unternehmen dabei auf eine Beschleunigung der Verfahren für die Bewilligung neuer Anlagen und die Unterstützung von Seiten der Behörden und Kunden angewiesen.

Weitere Informationen:

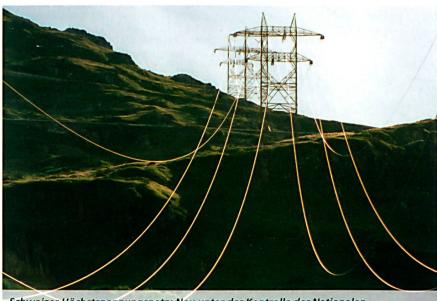
www.bkw.ch/de/unternehmen/medien/2006/november/netzausbau.html

STROMMARKT

Swissgrid nimmt Tätigkeit auf

Am 15. Dezember hat die Nationale Netzgesellschaft Swissgrid ihre operative Tätigkeit aufgenommen. Die Gesellschaft übernimmt die bisherigen Aufgaben der Netzkoordinatorin ETRANS. Als Übertragungsnetzbetreiberin ist swissgrid verantwortlich für den sicheren, zuverlässigen und wirtschaftlichen Betrieb des schweizerischen Höchstspannungsnetzes im Umfang von 6700 Kilometer. Zur Einhaltung des Gleichgewichts zwischen Stromverbrauch und Stromerzeugung besitzt swissgrid Weisungsrechte bezüglich Netzschaltungen, Frequenz- und Leistungsregulierungen. Im Verwaltungsrat der neuen Gesellschaft sind neben den Aktionären Atel, BKW, CKW, EGL, EWZ und NOK die Kantone und zwei neutrale Verwaltungsräte vertreten.

Weitere Informationen: www.swissgrid.ch



Schweizer Höchstspannungsnetz: Neu unter der Kontrolle der Nationalen Netzgesellschaft swissgrid

■ ENERGIESCHWEIZ ■

Stadt Baden: im November mit dem European Energy Award Gold ausgezeichnet worden



Basel und Baden ausgezeichnet

Die Städte Basel und Baden sind im November mit dem European Energy Award Gold ausgezeichnet worden. Damit erhöht sich die Anzahl in der Schweizer von sechs auf acht Städte, die mit diesem internationalen Gütesiegel für Energieeffizienz werben dürfen. Um den European Energy Award Gold zu erhalten, muss eine Stadt mindestens 75 Prozent ihres Massnahmenkatalogs im Bereich der Energieeffizienz umgesetzt haben.

Weitere Informationen:

www.energiestadt.ch

■ MOBILITÄT ■

Innovative und nachhaltige Mobilität

Im Rahmen des zweijährigen Pilotversuchs «Dienstleistungszentrum für innovative und nachhaltige Mobilität» lädt das UVEK zum zweiten Mal zur Eingabe von Projekten ein. Mit dem Dienstleistungszentrum unterstützt das Departement Leuenberger in Ergänzung zur Infrastrukturpolitik innovative Projekte für eine nachhaltige Mobilität. Gefragt sind insbesondere Projekte, welche die vorhandenen Kapazitäten und natürliche Ressourcen effizienter und umweltgerechter nutzen, die das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr vereinfachen und innovative, konkurrenzfähige Mobilitätsansätze erproben.

Weitere Informationen: www.are.admin.ch/are/de/verkehr/dzm

Abonnemente und Bestellungen

Sie können energeia gratis abonnieren:

Per E-Mail: contact@bfe.admin.ch, per Post oder Fax

Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

Anzahl Exemplare:

Nachbestellungen energeia Ausgabe Nr.:

Anzahl Exemplare:

Den ausgefüllten Bestelltalon senden/faxen an:

Bundesamt für Energie BFE

Sektion Kommunikation, 3003 Bern, Fax: 031 323 25 10